

Verlag: Dresden
Hauptredaktion: In Dresden Stadt u. Umf. 10 Rpf.
außerhalb 15 Rpf.



Der Reichsdeutsche Kampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Es des für seinen Verbreitungsbereich behördlich festgesetzte Inhalt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Landesfinanzämter, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollabfertigungsstellen, der Reichsbauämter und der Reichsbehörden

Bezugspreis monatlich 2,40 RM. (einschl. 11 Rpf. Vertriebszuschlag bzw. Trägerlohn). Druck die 2. 40 Rpf. einseitig, 48.70 Rpf. beidseitig. (Zusatz 42 Rpf. für Heftung) Bei Abholung in unv. Vertriebsstellen 2 RM. Einheitspreis für die Abnahme der Heftung. Bei Nichtabnahme infolge höherer Gewalt behält sich der Verleger auf Rückzahlung der Bezugsgebühr aber auf Ersatzleistung.

Nr. 317. Freitag, 13. November 1936

Anzeigenpreis lt. Aufl. Preis, Nr. 14. Anzeigenzähl. am Tage der Ersch. 15 Rpf., 1. d. Sonntagsausg. Freitag 17 Rpf., 1. d. Sonntagsausg. Samstag 15.30 Rpf., Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH, Dresden-K. 1, Westerntorpl. 10. Politische Leitung Dresden 30175, Gehilfen 2-16 Rpf. Druck: d. Schriftleitung 11-12 Uhr außer fernabends. Fernruf: Gesamtamt 25 561 u. 55 261

6 Reichsdeutsche in Moskau verhaftet

Diplomatenempfang beim Führer - Anarchisten stecken Madrid in Brand

Dresdner Kaufmann unter den Verhafteten

Moskau, 12. November

Wie jetzt bestätigt wird, sind in der Nacht zum 5. November in Moskau fünf Reichsdeutsche verhaftet worden. Bei den Verhafteten handelt es sich um politisch völlig neutrale Personen, die lediglich ihrem Beruf nachgingen. Es sind dies der Buchhalter Hermann Niedermeier, Geigenbauer Waldemar Oberberg, Automechaniker Alfred Erlinghäuser, Kaufmann Georg Thimig und Uhrmacher Alfred Moser. Ein weiterer Reichsdeutscher, der Friseur Heinrich Schnitzhauer, wurde bereits einige Tage früher verhaftet. Die deutsche Botschaft hat wegen dieser Verhaftungen beim sowjetrussischen Außenkommissariat nachdrückliche Vorstellungen erhoben, zumal in der amtlichen russischen Tageszeitung gegen die Verhafteten lediglich der Vorwurf „Kontaktschädlicher Tätigkeit“ ohne nähere Angaben oder Begründungen erhoben wird.

Bei dem verhafteten Kaufmann Thimig handelt es sich um den aus Dresden stammenden Profuristen der russischen Konzeption der Dresdner Leo-Werke. Diese Konzeption, die das letzte ausländische Konzeptionsunternehmen in Sowjetrußland war, ist nunmehr praktisch ohne Leitung, da gleichzeitig der Direktor der Konzeption, der litauische Staatsangehörige Kach, und ein weiterer Profurist, der russischer Staatsangehöriger ist, verhaftet wurden.

In die gleiche Zeit, in der die erwähnten Reichsdeutschen verhaftet wurden, fielen auch Verhaftungen sowjetrussischer Staatsangehöriger, die zur deutschen Botschaft oder zu Botschaftsmitgliedern Beziehungen unterhielten bzw. zur reichsdeutschen Schule oder zur evangelischen Kirche gehörten. So wurden u. a. verhaftet: Der letzte und einzige evangelische Geistliche in Moskau, Pastor Streck, eine Lehrkraft der reichsdeut-

schen Schule, der Rechtsberater der deutschen Botschaft, der Hausarzt einiger Botschaftsmitglieder. In der evangelischen Kirche, die nicht nur von Deutschen, sondern auch von zahlreichen Evangelischen anderer Nationalität, vor allem Angehörigen vieler diplomatischer Missionen, besucht wird, mußte am letzten Sonntag der Gottesdienst bereits ausfallen. Alle diese Maßnahmen schafften für die reichsdeutsche Kolonie über die sich jedes weitere Wort erübrigt.

Nach in Warschau vorliegenden Meldungen ist der polnische Kommunist Sosnowski, der einen höheren Posten in der G.P.U. bekleidete, von den Sowjets wegen Beteiligung an einer Organisation der „trotskistischen“ Opposition erschossen worden. Unmittelbar nach dem sowjetrussischen Revolutionsfeiertag sind in Moskau auch verschiedene ausländische Kommunisten verhaftet worden, die als offizielle Vertreter an den Feierlichkeiten teilgenommen hatten. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie die Rolle nur bejaht hätten, um die Verbindung zwischen der ausländischen Zentrale der „Trotskisten“ und ihrer Moskauer Organisation wiederherzustellen.

Der Räuberstaat

Die Verhaftung von sechs Reichsdeutschen in Moskau, die nachweislich jeder politischen Betätigung fernstanden und allein einer geringsten wirtschaftlichen Beschäftigung nachgingen, wirkt ein grelles Schlaglicht auf die Rechtsausfällungen, mit denen man im Verkehr mit den Sowjetrußen rechnen muß. Nun ist es schon so weit, daß selbst der Paß des Ausländers den Inhaber nicht mehr vor dem Verfolgungswahn der G.P.U. schützen kann. Entgegen allem Völkerrecht wurden hier Bürger des Deutschen Reiches unter faden-scheinigster Begründung, die noch dazu bloß in einer Pressemitteilung, verhaftet. Nicht genug damit, wird der Betretende des Deutschen Reichs entgegen den Gepflogenheiten, wie sie unter zivilisierten Staaten üblich sind, jede Auskunft verweigert.

Der Grund der sowjetrussischen Rechtsbrüche ist leicht zu vermuten. Genau wie seit Wochen wieder eine Verhaftungswelle über das ganze Land geht, mit der die sogenannte Opposition ausgerottet werden soll, mit der also die jüdische Clique um Stalin nur gegen eine andere jüdische Clique angeht, sollen jetzt Ausländer in die Aktion einbezogen werden. Genau wie erst vor kurzem nach dem alten, für Kundige allerdings wenig bewährtem, Rezept ein Kiewer Schauprozess die innerrussische Öffentlichkeit von den Schwierigkeiten des Regimes abzulenken sollte, möchte man nun offensichtlich vielleicht einen Spionage-Prozess gegen Deutsche inszenieren, um von den Niederlagen des Bolschewismus in Genf, London und Spanien abzulenken. Um zugleich damit eine Gegenaktion gegen die antibolschewistische Offensive des Nationalsozialismus einzuleiten, die wie ein Fanal von Nürnberg ausging, der Weltöffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Wirken der sowjetrussischen Mordbuben in Spanien die Augen öffnete und immer größere Kreise an diese Front zum Schutz der europäischen Kultur vor sowjetjüdischer Anarchie, sowie Gesetz- und Kulturlosigkeit heranzog. Wie weit diese Zustimmung zu der vom Nationalsozialismus auf dem Gebiete der geistigen Aufklärung geführten Offensive geht, haben erst jüngst die Kundgebungen in Rumänien und die Denkschrift der japanischen Armee bewiesen, die sich alle ausdrücklich auf die von den führenden Männern des Dritten Reichs vorgetragenen Gedankengänge und Beweise stützen.

Offensichtlich ist diese Wirkung den Herren des Kremles auf die Nerven gegangen. Und man sollen unzulängliche Deutsche zu Verbrechern am sowjetrussischen Staat gekempelt werden. Menschen, die auf Grund — wie man hätte annehmen sollen — gestörter Rechtsverträge nur ihren Berufsaufgaben nachgingen, die auch, wie im Falle des Dresdner Kaufmanns Thimig, schon deshalb einer so gefährlichen politischen Tätigkeit, wie sie ihnen die Sowjetrußen unterstellen möchten, unwürdig sind, weil sie ihre Familie mit in ihr Tätigkeitsgebiet genommen haben.

Die deutsche diplomatische Vertretung in Moskau wird nichts unversucht lassen, die gegen alles Recht Verhafteten freizubekommen und die Sowjetrußen auf die Folgen ihrer allen Gepflogenheiten widersprechenden Aktion mit jedem nur möglichen Nachdruck hinzuweisen. Wir sind nicht gewillt, unsere Volksgenossen den sowjetrussischen Banditen zu überlassen und dem Verfolgungswahn der roten Bonzen auszuliefern, die mit ihren neuen Maßnahmen nur wiederum beweisen, wie der Sowjetstaat außer-

Das Ergebnis der Wiener Konferenz

Die Zusammenarbeit Deutschland-Italien besonders herzlich begrüßt

Drahtbericht unseres Wiener Vertreters

Wien, 12. November

Die politischen Ergebnisse der Wiener Konferenz der Kompatenstaaten, die am Donnerstag nachmittag abgeschlossen wurde, fanden, um das sehr zutreffende Wort eines italienischen Publizisten zu gebrauchen, im Zeichen der „Wiener Atmosphäre“. Damit soll gesagt sein, daß es, selbst wenn es sich um dieselben Personen handelt, einen ziemlich Unterschied ausmacht, ob man sich in Rom oder in Wien an den Verhandlungstisch setzt. Bisher fanden die Tagungen der Kompatenstaaten stets nur in Italien statt, und so hat auch die Energie kein mögen, die dort politisch wirksam sind, so bleibt doch eine Tatsache: daß Rom geographisch von dem Gewirr der übrigen Kräftelinien der europäischen Politik mehr abseits liegt. In Wien aber ist man allen diesen Strömungen nahe. Das wirkt psychologisch und — sachlich auf die Stimmung und auf die Beschlüsse der handelnden Personen schließlich doch stark ein.

Wenn man die Einzelheiten des über die Konferenz ausgegebenen Communiqués in dieser Hinsicht untersucht, wird man vorerst einmal feststellen können, daß Ton und Inhalt der veröffentlichten Beschlüsse von einer solchen Art und teilweise auch von einem solchen Entgegenkommen sind, daß niemand, auch nicht die Kleine Entente, die man in den Kompatenstaaten doch auch heute noch als Gegenpol der Russolnischen Staatenorganisation ansieht, Gelegenheit finden könnte, sich angegriffen zu fühlen. Nicht nur Anspielungen auf die ungarische Revisionfrage und auf die Habshurger Angelegenheit unterblieben — das letztere war übrigens von Anfang an klar —, sondern auch die Formeln der Verlautbarung, die sich mit der Wehrlosigkeit befassen, sind gemäßigt und allgemein gehalten. So heißt da: „Die Vertreter der drei Regierungen haben ihre volle Übereinstimmung darin festgestellt, daß vom Standpunkt der österreichischen Regierung und dem der ungarischen Regierung hinsichtlich der Gleichheit der Rechte auf dem Gebiete der Aufrüstung die Berechtigung zuzuerkennen ist, und daß diese Gleichberechtigung einem Grundprinzip der Gerechtigkeit entspricht.“

Die drei Regierungen werden sich über die Verwirklichung auf dem laufenden halten.“

Hier zeigt sich zweifellos eine entgegenkommene Haltung gegenüber der Kleinen Entente, die damit rechnen mußte, daß Ungarn den anderen Weg einschlagen würde und die das schließlich auch nicht hätte verhindern können. Andererseits ist die Formulierung doch wieder konkret genug, um die ungarischen Wünsche und die ungarische öffentliche Meinung zu befriedigen, so daß man davon sprechen könnte, daß eine halb offizielle Ausrufung Ungarns in den Wiener Beschlüssen vorgebildet ist. Für Österreich, das die Rechtsgleichheit auf dem Gebiete der Aufrüstung bereits verwirklicht hat, besteht dieser Passus nur theoretische Bedeutung.

Ebenso wichtig wie diese Tatsache ist der Beschluß, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den anderen Staaten im Wege zweifeltiger Abkommen zu entwickeln.“ Dies ist zwar an sich auch schon bisher geschehen, denn

jeder der drei Staaten, von denen kein einziger seine härtesten Handelsbeziehungen mit einem anderen Kompatenland hat, mußte auch schon bisher Handelsverträge abschließen und versuchen, seinen Handel in zweifeltigen Verträgen zu entwickeln. Allein es macht einen Unterschied aus, ob dies freiwillig und einseitig geschieht, oder ob eine Konferenz es als befördernde Beschlüsse formuliert. Darin liegt zweierlei: einmal eine Einladung an die anderen Länder, und zwar an die Donauländer, solche Verhandlungen einzuleiten oder auf sie einzugehen, und zum andern eine Abgabe an die Bestrebungen, die seit einiger Zeit vor allem von tschechischer Seite ausgehen, eine Annäherung der Kleinen Entente als Block an die römischen Protokolle durchzuführen. Von einer solchen gruppenweisen Entwicklung des Donauproblems kann nun kaum mehr gesprochen werden. Dagegen ist der Weg für die

Fortsetzung auf Seite 2

Kein Geld aus dem Ausland für Mosley

Ein energisches Dementi des englischen Faschistenführers gegen Verleumdungen

London, 12. November

Der britische Faschistenführer Sir Oswald Mosley wies am Donnerstagabend eine Erklärung des Innenministers Sir John Simon im Unterhaus, seine Partei erhalte Gelder aus dem Ausland, energisch zurück. „Wir fordern, daß Simon Beweise für seine Behauptung bringe. Die Parteigelder sind in den Händen des Parteitrakts, der die Anweisung hat, nur von englischer Seite Geld einzusammeln.“

Mosley wandte sich weiter in einer öffentlichen Erklärung gegen den neuen Gesetzentwurf zur Verhütung politischer Unruhen. Darin heißt es, daß seit der Gründung des britischen Faschistenverbandes nicht ein einziges Mitglied wegen Einmischung in die Veranlassungen gegnerischer

Parteien verurteilt worden sei. Andererseits seien aber über 400 Gegner der Faschisten wegen Einmischung in falsche Veranlassungen oder wegen tätlicher Angriffe gegen Faschisten von englischen Gerichten verurteilt worden. Das Uniformverbot laufe darauf hinaus, die Partei einer Propaganda methode zu berauben. Was das Verbot halbamtlicher Verbände betreffe, so werde die faschistische Partei hiervon nicht betroffen.

Das kommunistische Hauptquartier in London äußerte sich gleichfalls zu der Mitteilung Simons, daß auch die Kommunisten Geld aus dem Ausland bezögen. Dieses Dementi war jedoch bedeutend vorsichtiger. Es wird lediglich behauptet, daß man „von dieser Sache nichts wisse“.